

## Verbotenes Spielzeug

Der Rat indonesischer Religionsgelehrter (*Majelis Ulama Indonesia*, MUI) erklärte Sexspielzeug im März 2010 als haram (verboten). Trotzdem boomt das Geschäft mit Vibratoren, aufblasbaren Puppen und Co in Indonesiens zweitgrößter Stadt Surabaya im Osten der Insel Java. Dabei sind derartige Sexspielzeuge nicht einmal billig – 300.000 bis neun Millionen Rupiah (25 bis 800 Euro) bezahlt man je nach Artikel, ein Vielfaches eines durchschnittlichen indonesischen Monatslohns. Die zumeist in China hergestellten Produkte werden vorzugsweise über das Internet vertrieben. Das bringt Vorteile für beide Seiten: Verkäufer entgehen den regelmäßigen Razzien der lokalen Polizei und MUI, Kunden schätzen die Anonymität und Wahrung ihrer Privatsphäre.

Aber wer sind die Kunden? Eine Studentin bemerkt in einem Interview gegenüber der *Jakarta Post*, dass viele ihrer Freunde – sowohl Studenten als auch Berufstätige – von dem Angebot des Online-Versands Gebrauch machen, ja teilweise sogar Sexspielzeuge zu Hause sammeln. Sie selbst gesteht: »Ich verwende das Sexspielzeug, um mein Verlangen nach außerehelichem Geschlechtsverkehr zu unterdrücken.«

vgl.: Jakarta Post, 24.07.2010

## Militärische Kooperation mit den USA

Die Vereinigten Staaten nehmen ihre militärische Zusammenarbeit mit der indonesischen Spezialeinheit Kopassus wieder auf, die vor mehr als zehn Jahren aufgrund von Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär in der heute unabhängigen, ehemaligen indonesischen Provinz Osttimor sowie in Aceh eingestellt worden war. Dies verkündete US-Verteidigungsminister Robert Gates nach einem Treffen mit dem indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono Ende Juli 2010. Gates äußerte im Rahmen einer Pressekonferenz: »Ich freue mich, dem Präsidenten mitteilen zu können, dass als Resultat der Reformen im indonesischen Militär in den vergangenen zehn Jahren und aufgrund der Aufmerksamkeit, die das indonesische Verteidigungsministerium in letzter Zeit Menschenrechtsfragen geschenkt hat, die Vereinigten Staaten schrittweise ein Programm zur Sicherheitskooperation mit den indonesischen Spezialeinheiten initiieren werden.« Genaue Inhalte einer zukünftigen Zusammenarbeit blieben jedoch ungenannt. Ausschlaggebend für diesen Schritt der Regierung Obama dürfte die kürzliche Amtsenthebung mehrerer hochrangiger Militärs von Kopassus, die

in der Vergangenheit für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren, gewesen sein.

Bereits 2005 hatten die USA einen generellen Bann, der das Training des indonesischen Militärs betraf, aufgehoben – damals war allerdings die Spezialeinheit Kopassus noch davon ausgenommen worden. Während in Indonesien die Erklärung von US-Verteidigungsminister Gates als Sieg des indonesischen Militärs gefeiert wird, ist in den Vereinigten Staaten die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Kopassus jedoch nicht unumstritten. Ein Senator der Demokraten bemerkt: »Ich bedauere es zutiefst, dass wir wieder mit einer Zusammenarbeit begonnen haben, ehe unsere Regierung von Kopassus die Zusage für notwendige Reformen, die wir seit langem fordern, erhalten hat.« Besonders kritisiert er, dass die militärische Zusammenarbeit wieder aufgenommen wurde, obwohl bis jetzt weder die verantwortlichen Militärs für begangene Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen worden sind, noch sich das Militär offiziell für die begangenen Verbrechen entschuldigt hat.

vgl.: Jakarta Post, 22.07.2010; Yahoo! News Singapore, 26.07.2010

## Verlegung der Hauptstadt?

Es klingt unglaublich, ist aber wahr: Marzuki Alie, Sprecher des Parlaments äußerte sich Ende Juli 2010 zustimmend zu einer Idee, die indonesische Hauptstadt von Jakarta nach Zentralkalimantan zu verlegen. »Es wäre gut, wenn die Hauptstadt verlegt werden würde,« wird er vom Nachrichtenportal *tempointeraktif.com* zitiert »Wenn sie in der Mitte des Landes läge, wäre sie von allen Landesteilen aus gut zu erreichen – vom Osten und vom Westen.« Einen weiteren Vorteil sieht er darin, dass der Wegzug aller Verwaltungsbehörden die Verkehrsproblematik in der jetzigen Hauptstadt entschärfen würde; Ja-

karta bekäme mit dem Umzug der Administration ein rein kommerzielles Zentrum. »Der jetzige Präsidentenpalast könnte [...] dann für touristische Zwecke verwendet werden«, schlägt Marzuki vor. Die Idee – so kurios sie auch ist – ist nicht neu. Bereits im Dezember 2009 äußerte der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, die Verlegung der indonesischen Hauptstadt solle ernsthaft in Erwägung gezogen werden, da Jakarta aufgrund seiner Überbevölkerung nicht effektiv als Sitz der nationalen Administration fungieren könne.

vgl.: Jakarta Post, 30.07.2010; Jakarta Post, 3.12.2009

nachrichten

## Pornowebseiten

Zu Beginn des Ramadans soll der Zugriff auf Pornowebseiten von Rechnern in Indonesien aus nicht mehr möglich sein. So forderte es zumindest der Informations- und Technologieminister Tifatul Sembiring in seinen Instruktionsbriefen vom 20. Juni 2010 an die ISP Provider im ganzen Archipel. Diese sind sich allerdings nicht sicher, ob sich das Ziel der Regierung wirklich realisieren lässt. Aufgrund der großen Anzahl von Zugriffen auf derartige Seiten würde es nämlich selbst

bei Verwendung von Open Source Software etwa eine Billion Rupiah (90 Mio. Euro) kosten, die dafür nötige Hard- und Software bereitzustellen, so Valent Riyadi von der Indonesian ISP Association; bei Verwendung von Markensoftware käme es sogar noch teurer. Außerdem bräuchten die ISP Provider mehr Mitarbeiter, um die allgemeine Bewegung im Internet nachzuverfolgen und pornografische Inhalte herauszufiltern, merkte Riyadi skeptisch an.

vgl.: Jakarta Post, 21.07.2010

## Islam-konforme Impfung

Im November 2010 werden wieder mehr als 200.000 indonesische Muslime an der alljährlich stattfindenden Hadsch-Pilgerfahrt nach Mekka teilnehmen. Dabei verlangt die saudi-arabische Regierung von allen Pilgern vorab eine Impfung gegen Meningitis (Hirnhautentzündung). Nun können sich indonesische Pilger vor Abflug in Übereinstimmung mit religiösen Vorschriften impfen lassen. Der Rat indonesischer Religionsgelehrter (Majelis Ulama Indonesia, MUI) erklärte die Impfstoffe zweier Firmen (Tian Yuan, Novartis) als halal, das heißt als in Übereinstimmung mit religiösen

Vorschriften produziert. Im Produkt von GlaxoSmithKline, welches noch im letzten Jahr zur Immunisierung von Pilgern verwendet worden war, seien zwar im Endprodukt Schweinebestandteile nicht nachweisbar, jedoch würden diese beim Herstellungsprozess verwendet. Letztes Jahr hätte man die Verwendung des Impfstoffs von GlaxoSmithKline nur erlaubt, da keine alternativen Impfstoffe vorhanden gewesen waren, die Impfung jedoch absolut notwendig gewesen sei, so Amidhan Shaberah, Vorsitzender von MUI.

vgl.: Jakarta Post, 19.07.2010

## Gletscher als Schlüssel zu unserem Klima

Der Gletscher auf dem Berg Puncak Jaya liegt knapp 5.000 Meter hoch in der ostindonesischen Provinz Papua, und ist damit der einzige Gletscher in der asiatisch-pazifischen Region. Seine Lage am Rand des wärmsten Ozeans begründet das Interesse von Klimaforschern, denn seine Erforschung könnte wichtige Hinweise auf Wetterphänomene wie El Nino, den Monsun und Dürren im Amazonasbecken geben. Doch man weiß wenig über den Gletscher auf dem Puncak Jaya, was unter anderem an der Schwierigkeit liegt, Forschungsgenehmigungen für die Provinz Papua zu erhalten, in der die indonesische Zentralregierung seit Jahrzehnten gegen eine

als »Aufständische« deklarierte Unabhängigkeitsbewegung kämpft.

Eine 13-tägige Expedition im Juni 2010 unter der Leitung des Gletscherexperten Lonnie Thompson von der Ohio State University, der bereits 57 derartige Expeditionen auf der ganzen Welt durchgeführt hat, sollte nun neue Erkenntnisse und Einblicke liefern. Der Gletscher auf dem Puncak Jaya schmilzt erschreckend schnell. Satellitenbilder und Luftaufnahmen zeigen, dass er seit 1936 80 Prozent seiner Eismasse verloren hat. Heute besitzt er nur noch eine Ausdehnung von 2,5 Quadratkilometern und ist nur noch knapp 30 Meter dick

vgl.: Associated Press, 01.07.2010

## Platzierung von Arbeitern im Ausland

Die indonesische Regierung hat die Vermittlung von Haushaltsangestellten nach Jordanien, Kuwait und Malaysia seit dem 26. Juni 2010 bis auf weiteres ausgesetzt. Das geht aus einem Rundbrief des indonesischen Ministers für Arbeit und Transmigration, Muhaimin Iskandar, hervor. Zwar hatte im Juni 2009 die indonesische Regierung ein Memorandum of Understanding zum Schutz der indonesischen ArbeiterInnen in Jordanien unterzeichnet, aber die Menschenrechtsverletzungen hielten an. »Deshalb haben wir bis auf weiteres die Vermittlung von indonesischen Haushaltsangestellten nach Jordanien gestoppt. Wir warten jetzt erst einmal die Lösung der Probleme der indonesischen ArbeiterInnen in den Auffangstellen ab und kümmern uns um Maßnahmen, die die Platzierung und den Schutz der indonesischen ArbeiterInnen in Jordanien verbessern sollen«, erklärt Budi Hartawan, ein Mitarbeiter im zuständigen Ministerium.

Der Rundbrief und die zeitweise Aussetzung der Vermittlung indonesischer Hausangestellten nach Jordanien wird kontrovers diskutiert: Vermittlungsagenturen, welche durch die Entscheidung der Regierung Geschäftseinbußen hinnehmen müssen, zeigen sich enttäuscht und verständnislos. NGOs wie *Migrant Care* hingegen kritisieren, dass die Maßnahmen der Regierung nicht weit genug gingen und nicht den eigentlichen Kern des Problems berührten: »Die Regierung sieht die Problematik der Arbeitsmigration zu simplistisch, so dass die Maßnahmen, welche sie trifft, oft keine wirkliche Lösung darstellen. Bis jetzt hat sich immer wieder gezeigt, dass derartige Moratorien nicht effektiv sind. Dennoch kommt man immer wieder von neuem auf sie zurück«, so der geschäftsführende Direktor von *Migrant Care* in Jakarta. Gegenwärtig arbeiten 30.000 Indonesier und Indonesierinnen in Jordanien, davon ca. 90 Prozent als Hausangestellte.

vgl. Kompas, 29.07.2010